

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

49 (27.2.1929) Badische Kultur und Geschichte Nr. 9

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 9

Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 49

27. Februar 1929

Die badische Neckargegend unter der Gewalt des schrecklichen Eisgangs 1784

Das Jahr 1784 sah Baden noch nicht als geschlossenen Staat; aber die furchtbaren Schrecken des Eisgangs, unter dem die Kurpfalz und die oberen Neckarorte zu leiden hatten, riefen damals auch in den Nachbarländern das Mitleid wach, und wir sehen von überall her hochbedeckte Wagen mit Kleidern, Lebensmitteln, Futter usw. zur Linderung der Not nach den zerstörten Orten rollen.

Schon im Dezember 1783 war der Neckar zweimal gänzlich zugefroren, wieder aufgegangen und führte das Treibeis fort; das wiederholte sich im Januar 1784, aber mit dem Unterschied, daß das von oben herabkommende Eis zwischen Heidelberg und Mannheim sitzenblieb und zu ungeheuren Klumpen zusammengefror, „davon ein einziger stark und groß genug war, eine Mauer von etlichen Schuh wie einen Baumstamm umzudrücken“. Durch die vielen Krümmungen der damaligen Flußläufe des Neckars häuften sich die mit hohem Schnee bedeckten Eisschollen bei Feudenheim, Seddenheim, Ivesheim und Neckarhausen so an, daß dadurch dem herabkommenden Wasser der Weg versperrt war und dieses seinen Weg über die Felder gegen Seddenheim und Neckarau nahm. Bei Mannheim hatte sich aber auch das Eis des Rheines gestaut, so daß kaum der Festungswall über das Eis emporragte und die Zufuhr von Lebensmitteln und Holz — Kohlen brannte man damals noch nicht — unterbunden war.

Heidelberg war noch schlimmer daran. Durch das hier und da eingetretene Tauwetter hatte sich das Eis am 18. Januar oberhalb der Stadt losgelöst, war aber, von den Pfeilern der Brücke angehalten, durch Schnee und Regen so zusammengefror, daß es sich vor der Brücke aufhäufte und das herabkommende Wasser in die tiefliegenden Straßen der Stadt wies. Nun schoß der Strom in die Gassen, die mitgeführten Eisfelsen zerschmetterten Türen und Fenster und Mauern, die so überraschten Bewohner wurden mittels Rähnen in Sicherheit gebracht. So rasch, wie das Wasser gekommen war, hatte es sich wieder verzogen, aber die Zerstörung war da, und vor der Brücke, so hoch wie diese selbst, sah noch immer die ungeheure Masse Eis, die bereits an einigen Stellen den hölzernen Brückenboden gehoben hatte. Wie sollte es also werden, wenn ein schnelles Tauwetter den tiefen Schnee der Berge taute und Fluten und Eisschollen sich gegen die Stadt wälzten?

Diese Möglichkeit mußte jeder voraussehen, der von der Brücke in das Labyrinth des weitläufig aufgetürmten Eises blickte. Zur Warnung der Bewohner Heidelbergs veranstaltete darum der Baukommissarius Trautwein Messungen zur Bezeichnung der Häuser, Straßen und Plätze, die voraussichtlich unter dem zweiten, viel gefährlicheren Eisgang zu leiden haben würden. Erst 40 Tage später, am 27. Februar, sollte die Unglücksnacht über die Stadt hereinbrechen. Am dem Morgen des genannten Tages 1784 setzte sich die ungeheure Menge Eis in Bewegung, führte den hölzernen Oberbau der gedeckten Neckarbrücke wie einen Federball von den Pfeilern weg, und langsam, im Eise aufrecht stehend, nahm die Brücke ihren Weg gegen Neuenheim zu. Doch die steinernen Pfeiler, auf denen die heutige Brücke noch teilweise ruht, hielten stand.

Schon waren die Bewohner durch Marmorschiffe der Eiswachen von der drohenden Gefahr benachrichtigt worden; die in jeder Straße postierten Wachen hatten die Becken entzündet, die Schiffer und Fischer ihre vorgezeichneten Plätze in den an den Häusern festgemachten Rettungsnetzen eingenommen, das Vieh war in höher liegende Ställe verbracht worden, wo man es sicher glaubte. Doch noch manche für sicher gehaltenen Plätze mußten infolge des steigenden Wassers geräumt werden; auf dem gegen den Neckar liegenden Teil des Marktplatzes zu Heidelberg und der Hauptstraße fuhr man mit Rähnen; von der Staffel der Heiliggeistkirche schauten nur zwei Stufen aus dem Wasser. Die Schiffgasse herauf wälzte die Flut ein großes Schiff und legte es quer über die Hauptstraße.

In den Kellern half alles Festsprießen der vollen Weinfässer nichts; bald glühten die großen Weinkeller der tieferen Lagen einem unterirdischen See, in den die gurgelnden Wellen hereinbrausen und mit den Rähnen ihr Spiel trieben. Welch große Mengen Wein gingen dabei verloren! Dreimal setzte das große Zerstörungswerk ein, riß 39 Häuser weg, legte die Stadtmauer um, trug die Mühlen hinweg. Dank den ergriffenen Notmaßnahmen waren Menschenleben nicht zu beklagen. Aber wie viele der geräumten Häuser waren dem Einsturz nahe, wie viele derselben hatten Wochen hindurch Eisschollen und Wasser beherbergt!

Nun waren die Riesennengen des Eises von Heidelberg weggenommen, abwärts geführt, wo die Anwohner der Neckarorte das gleich große, gräßliche Zerstörungswerk an ihren Häusern und Sütten zu erleben hatten. Bei Neuenheim hatte sich ein Teil der vom Eis fortgeführten Neckarbrücke aufrecht stehend festgeklemmt; bis zum

Abend brannten in den Laternen noch die Lichter, andere Teile der hölzernen Brücke, die Balken noch festgefügt ineinander, fand man später bei Ladenburg und Neckarhausen inmitten hoch aufgetürmter Eismassen, die den dahinterliegenden Ortschaften einen gewissen Schutz boten.

Andererseits aber drückte dieser Hochdamm die nachfolgende Flut gegen das andere Ufer, und so sah sich das Dorf Neckarhausen plötzlich innerhalb eines großen, weit sich dehrenden Eissees. Innerhalb 12 Minuten waren 35 Häuser verschwunden, viele Menschen von den Wellen fortgeführt worden. Auf dem etwas höher gelegenen alten Ortsteil versammelten sich die Bewohner; andere saßen mit ihrem Vieh auf den Speichern und harreten der Not, und so sehr Heidelberg selbst mit sich zu kämpfen hatte, so schickte es doch seine treuen Schiffer und Fischer nach dem rings umfluteten Neckarhausen, wo bis in die Nacht hinein 28 Menschen gerettet und in die vom Unglück verschonten Dörfer der Ebene verbracht werden konnten.

Es müssen schreckliche Augenblicke sein, das Unglück sehen und nicht helfen zu können. So treibt ein Mann, auf einem hohen Weidenbaum sitzend, den Neckar abwärts; aus einer armenigen Hütte, rings umtobt von der quirlenden und schäumenden Masse, schauen Mann, Frau und Kind, ringen ängstlich die Hände. Auf einem der angestauten Eisberge fristet ein Mädchen 24 Stunden sein Leben, bis es in der Nähe von Mannheim gerettet wird. Sehr schlimm hausten die Wasser auch in Ivesheim und Seddenheim.

Der größte Teil der Einwohner ist nach Friedrichsfeld und Schweigen in Sicherheit gebracht, wohin auch der Hirte das Vieh getrieben hat. Gräßlich sah es aus, wie der Neckar unterhalb Seddenheim sich über die Weide ins Feld stürzte, gleich, als wenn sich der Erdball darüber hinwälzte. Über Feudenheim, Wallstadt und Sandhofen suchten die Wasser ihren Weg nach dem Rheine zu. Neckarau und Mannheim waren eine Eismasse. Da das Eis bei Ivesheim und Feudenheim nicht gegangen war, so wälzten sich die Wogen mit solchem Ungeflüm auf die Mannheimer Festungswerke zu, daß dieses Rauschen und Bräusen des in den Rhein fallenden Wassers auf viele Stunden Wegs zu hören waren. In Mannheim selbst ist die Not sehr groß; die Wogen reißen die Tore auf, die Zollschreiber müssen flüchten, die Brückenjocher werden vom Wasser mitgenommen; in der Trinitatiskirche reicht das Wasser bis an den Altar. In den Straßen der wüder liegenden Quartiere ist der Verkehr nur mit Nachen möglich. Die Bewohner der hoch gelegenen Windmühle müssen durch Nachen mit Lebensmitteln versorgt werden.

Das waren für die Pfalz schlimme Tage, der 27. und 28. Februar 1784. Wohl ist das schon lange her, aber die Gefahren des sich türmenden Eises für die Städte und Ortschaften sind heute keine geringeren. Bleibt dem mächtig daherrollenden Wasser durch die Eisberge der freie Lauf gehemmt, dann suchen die zerstörenden Fluten sich ihre eigene Bahn. Es ist daher leicht begreiflich, wenn heute schon von Heidelberg abwärts alle staatlichen und städtischen Behörden gemeinsame Vorkehrungen zur Abwendung größeren Unglücks treffen.

W. Sigmund.

Von der Volkswirtschaft zur Hauswirtschaft

Erst der Krieg und die schwere Nachkriegszeit haben Frauen und Männern und leider noch längst nicht allen, die bedeutenden Zusammenhänge von Hauswirtschaft und Volkswirtschaft klargelegt.

Da es notwendig ist, immer wieder und mit Nachdruck auf diese hinzuweisen, sei hier einmal die Aufmerksamkeit der Leser auf die Veröffentlichungen der Französischen Verlagsanstalt Stuttgart gelenkt. Man spottet nicht, wenn ich mit einem Wirtschaftsbuch der Hausfrau: „So will ich sparen“ beginne. Was auf diesen 114 Seiten an moderner, praktischer häuslicher Buchführung und daneben, aber nicht nebensächlich, an Rezepten, Ratsschlägen und Überdachten geleistet wird, verdient die vollste Beachtung. Zusammengefasst ist das Buch von Frau F. Pfannes.

Weil ich nun doch an Rezepten bin, folge hier gleich Dr. Gertraud Wendelmuth; Ernährungsformen. Kohlenstoff, Vitamine, Magdanzian, Nagnar Berg, Vegetarismus, Bircher-Benner. Das Buch der modernen Ernährung. Besonders beachtenswert erscheinen wohl die Übergangsvorschläge, wobei ich mir denken kann, daß sich Magen und Darme dauernd sehr wohl bei diesen fühlen könnten.

Der Jungesellen gewidmet, aber auch für den Jungesellen, der kein Freund der vielen Wirtschaftsbücher ist, recht interessant, sind die beiden Bändchen von Elisabeth Neff: „Auch allein — wohne fein“, und „Die Schnellküche der Jungesellen“. Viele männliche Wesen haben sich ja schon durch die Jugendberufsbewegung und die vielen Wanderungen mit Nachschubherbergung allerlei Kochkenntnisse zugeeignet.

Ein ganz hervorragender Wegweiser zu wirtschaftlicher Haushaltsführung, aus dem da und dort sehr deutlich die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge sprechen, ist „Der neue Haushalt“ von Dr. Erna Meyer, von dem bereits in kurzer Zeit das 80. bis 85. Tausend erschienen ist.

Auch auf die in zwangloser Folge (4-5 Hefte) erscheinenden Hauswirtschaftlichen Jahrbücher, Zeitschrift für Hauswirtschaft, die vom Institut für Hauswirtschaft an der Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin erscheint, sei nachdrücklich hingewiesen. Ich nenne aus Heft 1 nur zwei Aufsätze, von Prof. Dr. Bedmann: „Entwicklungstendenzen der volkswirtschaftlichen Aufgaben der Landfrau“, und von Marie Torhorst: „Die Hauswirtschaft und ihre Krisis vom Standpunkt der Naturwissenschaft“.

Marie Schlob.

Ein kurpfälzischer Meister der Holzmosaikarbeit

Man ist gewohnt, alte berühmte Meister der Holzschneidekunst im badischen Oberlande zu suchen. Doch darf sich auch die Bergstraße rühmen, einen kunstfertigen Meister gehabt zu haben, der allerdings für uns bisher so gut wie unbekannt blieb.

In Handschuhsheim bei Heidelberg wurde am 3. Mai 1747 Johann Michael Kummer geboren; er war das sechste von acht Kindern seiner Eltern. Seine Vorfahren waren Weinbauern in Handschuhsheim und seine mütterliche Großmutter war die Tochter eines Hauptmannes. Er wuchs in Handschuhsheim auf, lernte sechs Jahre die Einlegekunst unter dem berühmten Meister Rönndichen zu Neuwied, bereifte England und Polen und kehrte mit 22 Jahren nach Handschuhsheim zurück. Er hatte die Einlegekunst in Holz zu einer solchen Vollkommenheit gebracht, daß die Nachahmung der Natur und die Kraft der Farben das Auge jedes Kunstliebhabers erfreute. Bald nach Neuwied zurückgekehrt, half er seinem Meister an zwei weltbekannten Meisterwerken. Das eine war das kostbare Kabinett für die Königin von Frankreich, das andere waren die meisterhaften Holztafeln für den Prinzen von Lothringen. Das eine Blatt stellte den Frieden zwischen den Römern und den Sabinern, das andere die Geschichte des Scipio Africanus und des Mucius dar. Michael Kummer hatte an diesen beiden Tafelblättern die meisten und schwersten Figuren eingelegt. Mit der fertigen Arbeit reisten die beiden Künstler nach Brüssel und lieferten sie ab. Später wieder nach Handschuhsheim zurückgekehrt, legte unser Mosaikmeister nach Zeichnungen verschiedener Künstler die feinsten Stücke ein.

Kummer war mit außerordentlichen Talenten begabt. In seiner Lehrzeit schnitzte er nur nach dem bloßen Augenmaß. Durch schärferen Gebrauch seiner Augen und durch fleißigere Übung in der mechanischen Kunst brachte er es zur Vollkommenheit. Am Ende seiner Lehrzeit machte ihm ein Neuwieder Bildhauer eine ganze rohe Zeichnung, welche der junge Handschuhsheimer getreu vom Papier aufs Holz übertrug. Nun machte er seine Holzschritte und Einlegearbeiten nur noch nach Zeichnungen bekannter Bildhauer und Maler. Die ihm vorgelegten Zeichnungen übertrug Kummer bis auf die kleinsten und feinsten Züge des Originals auf das Holz, ohne daß die Schattierungen mit Farbe nachgeholfen werden mußten. So lieferte er ein Prachtstück dem Donnherrn von Speyer, Herrn von Beroldingen, einem großen Kenner und Gönner der edlen Künste. Der kurpfälzische Kirchenrat und Prediger an der heiligen Geistkirche in Heidelberg, Johann Friedrich Nieg, der uns die Geschichte von Kummer erzählt, schreibt 1780: „Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß der Name Holzmosaik für Arbeiten dieser Art noch wenig ausdrücke, weil dieselbe an Lebhaftigkeit und Wirkung jedes Mosaik übertrifft.“

Leider hören hier die Aufzeichnungen auf. Auch ist über seinen späteren Lebensgang nichts mehr bekannt geworden. Von seinen Geschwistern sind Hochzeitstag und Todestag in den evangelischen Kirchenbüchern eingetragen; für Michael fehlt jeder Eintrag. Da aber in Handschuhsheim heute noch Nachkommen leben, so wäre vielleicht doch noch manch Wissenswertes über ihn zu erfahren oder gar eine seiner Arbeiten zu finden.

H. Pfäfler, Wörstelstein.

Unrentable Bergwerksbetriebe

Unter den Nachwirkungen des Krieges und dem Einbruch der Inflationsjahre mit ihrem Steigen der Metallwerte gegenüber der Papierflut kamen auch im Lande Baden eine Anzahl wegen Unrentabilität längst aufgegebenen Silber- und anderer Bergwerke wieder in Betrieb, so bei Wadenweiler, Todtnau usw. Mit ganz geringen Ausnahmen haben diese neueröffneten Bergwerke ihren Betrieb unter den veränderten Verhältnissen jedoch abermals eingestellt, da bekanntlich das Ausland, so z. B. mehrere südamerikanische Staaten, infolge der günstigeren Abbaueverhältnisse das Silber und andere in Betracht kommende Metalle weit billiger zu fördern in der Lage ist als der deutsche und speziell ein ins Leben zu rufender badischer Bergbau.

Auch auf Gemarkung Segau bei Emmendingen sicherten sich einige Unternehmer aus Schlefien die Ausbeute der zweifellos in der Erde verborgenen Schätze, doch kam es nicht über die Vorarbeiten hinaus. Nachdem die Interessenten einer Aufforderung zur Inbetriebnahme eines solchen Bergwerks (Kara-Linengrube auf Gemarkung Segau) nicht nachgekommen sind, wurde nunmehr gemäß § 187 des Berggesetzes vom 22. Juni 1890 (Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt 1925 Nr. 22) die Einleitung des Verfahrens wegen Entziehung des Bergwerkeigentums an diesen Bergwerken ausgesprochen. In dem im Brettental oberhalb Segau liegenden Dorf Reichenbach bestand im 16. und 17. Jahrhundert längere Jahrzehnte ein Silberbergwerk, dessen Eingang heute noch dicht an der Talstraße zu sehen ist.

Volkstheater und Theaterjubiläum in Mannheim. Im Rahmen des Programms für das Theaterjubiläum im Sommer dieses Jahres plant die Stadt Mannheim die Abhaltung eines großen Volkstheaters im Stadion. Im Mittelpunkt des Festes soll die Aufführung eines horisichen Bewegungswerkes durch einen Massendor unter Leitung von Rudolf v. Laban stehen.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 9

Wozug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verleger
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14, bezogen werden.

27. Februar 1929

Beamte und Abgeordnete

Die Durchführung des neuen Besoldungsgesetzes und die im Anschluß an eine Reihe von Reichstagsentscheidungen bei Beratung des Haushaltsnachtrags zutage tretenden Debatten haben erkennen lassen, wie stark man in Beamtenkreisen Einfluß auf die Entscheidungen des Reichstags zu gewinnen sucht. Dies ist natürlich unbestrittenes Recht des Beamten, das Recht mit legalen Mitteln auf Grund der bestehenden Verfassungsverhältnisse für seine Interessen zu kämpfen und sie mit Hilfe der gesetzgebenden Organe durchzusetzen oder mindestens zum Ausgleich zu bringen.

Diese Bestrebungen haben schon in der Zeit der Besoldungsregelung dahin geführt, daß manchmal der Reichstag mit seinen Abgeordneten einer belagerten Festung gleich, daß die Volksvertreter mit Schriftstücken in einem Umfang überhäuft wurden, deren Einzelerlebigung über Menschenkraft hinausging. Heute, wo in diesen Dingen eine etwas ruhigere Lage herrscht, ist es vielleicht gestattet, mit einigen Gedanken auf die hier zutage tretenden Verhältnisse zurückzukommen; vorweg sei aber noch einmal bemerkt, daß die Notwendigkeit für die Organisationsleiter, die Abgeordneten zu informieren, nicht bestritten werden soll.

In neuerer Zeit hat sich nämlich die Übung bei vielen Beamten herausgebildet, sich wegen Regelung ziemlich interner Angelegenheiten, wie z. B. des Besoldungsdienstalters, an den Reichstag mit Eingaben zu wenden. Daneben werden dann noch, in der Meinung, eine wirksame Unterstützung der erstrebten Ziele herbeizuführen, gleichzeitige oder besondere Schriftstücke an die Abgeordneten gerichtet, alles mit der leicht zu vertretenden Absicht, den vorgetragenen Wünschen kräftigen Nachdruck zu verleihen. Die Willkür im einzelnen übersehen dabei aber immer, zu welcher außerordentlichen Belastung der Volksvertreter die Gesamtheit solcher Eingaben sich auswächst, und wegen dieses Umstandes eine wirksame Verfolgung und Vertretung der Angelegenheit unmöglich wird.

Dabei wird namentlich außer acht gelassen, daran zu denken, daß gerade Eingaben dieser Art wegen ihrer individuellen Sachlage nicht mit Sicherheit beurteilt werden können, ohne daß die Personalakten des Beamten herangezogen, die Besoldungsdienstaltersverhältnisse benachbarter Beamtengruppen oder ähnlich gelagerter Gesuche eingehend geprüft und in ihrer Gesamtwirkung gegen einander abgemessen sind, Umstände, von deren Ausmaß in bezug auf Inanspruchnahme von Zeit und Arbeitskraft sich die wenigsten Gesuchsteller ein richtiges Bild machen.

Außerdem sollte auch stets erwogen werden, ob für jede einzelne Sache der angebotenen Art der richtige Augenblick gewählt oder gekommen ist, oder ob es nicht eine Zeitlage ist, in der ein derartiges Gesuch sich gerade nicht besonders günstig anbringen läßt, weil eben überhaupt angesichts bestimmter Erscheinungen und Entwicklungen für Behandlung rein persönlicher Einzelwünsche wenig Raum und Stimmung im Parlament ist.

In diesem Zusammenhang mag die Äußerung eines Abgeordneten erwähnt werden, der kürzlich im Reichstag gesagt hat, der Reichstag würde im Papier erkaufen, wenn die Angestellten und Arbeiter ebensoviel an den Reichstag schreiben würden wie die Beamten. Man muß einmal diese Seite der Anschauungen auf sich wirken lassen, um zu merken, wie ein Zuviel in gewissen Dingen leicht die entgegengesetzte Wirkung haben kann von dem, was der Wirtsteller für sich in Aussicht genommen hat. Gerade auch hier gilt der Satz: etwas weniger wäre mehr gewesen.

Auf eine andere Seite darf weiter in dieser Beziehung noch hingewiesen werden.

In einer Zeit wie der heutigen, wo die Gesetzgebungsmaschine große Umdrehungszahlen aufweist, wo eine Flut von Denkschriften auf den Volksvertreter niederregnet, und wo seine Inanspruchnahme in Sitzungen und Ausschüssen einen fast bedenkenlichen Umfang angenommen hat, darf es mitunter doch billig und recht empfunden werden, wenn auf die verfügbare Zeit des Abgeordneten Rücksicht genommen, ihm durch frühzeitige Anmeldung immerhin ermöglicht wird, über seine Stunden geeignet zu verfügen. Auch ist es nicht immer erwünscht, daß der Abgeordnete aus Ausschüssen oder an Tagen, wo Beamtenfragen im Plenum verhandelt werden, herausgerufen wird. Niemand kann zwei Herren dienen. Wenn über der Anhörung von Einzelpersonen und -wünschen wichtige Verhandlungen versäumt werden müssen, so liegt darin ein Schaden, für den sich der Parlamentarier wieder einsetzen muß, und der von der anderen Seite unbewußt verursacht, aber dadurch nicht gerechtfertigt ist.

Zum Schluß sei übrigens bemerkt, daß ähnliche Erscheinungen auch bei den Interessentvertretern anderer Stände auftreten, der Hinweis auf die ungünstigen Wirkungen oder auf vermeintliche Störungen ist in diesen Zeiten nur zum Ausdruck gebracht, um die schädlichen Folgen eines irgendwie gearteten Vorgehens der Beamten in der gebachten Richtung aufzuzeigen und daher die Möglichkeit zu bieten, solchen vorzubeugen.

Zur Verwaltungsreform in Sachsen

Die sächsische Staatsregierung plant, die Verwaltungsreform durch Ermächtigungsgesetz in Angriff zu nehmen. Nach dem Plan der Regierung sollen insoweit Amtsgerichte aufgehoben werden, als sich das nach sorgfältiger Prüfung rechtfertigt. Weiter besteht die Absicht, die Altersrentenkasse als selbständiges Institut aufzulösen und deren Geschäfte auf ein anderes Bankunternehmen zu übertragen. Dasselbe gilt für das Landesversicherungsamt, dessen Geschäfte dem Reichsversicherungsamt überlassen werden sollen. Auch sonst werden Vereinfachungen geplant, die bei richtiger Anwendung über den Rahmen kleiner Reformen weit hinausragen. So zum Beispiel die Ermächtigung, Verwaltungsgeschäfte jeder Art, die durch Gesetze den Ministerien zugewiesen sind, auf nachgeordnete Behörden zu übertragen, ferner unbeschadet der Entscheidung über das Fortbestehen der Kreishauptmannschaften Geschäfte dieser Behörden auf untere Verwaltungsbehörden oder auf die Ministerien zu übertragen.

Von großer Bedeutung wird der Erlass von Bestimmungen sein, die den Zusammenschluß oder die Teilung von Gemeinden und von Bezirksverbänden erleichtern.

Auch dem Dualismus im beruflichen Unterrechtswesen soll ernsthaft zu Leibe gerückt werden.

Deutscher Beamtenbund und Reparationsfrage

In der Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutschen Beamtenbundes vom 16. Februar d. J. nahm u. a. der Staatssekretär a. D. Dr. Aug. Müller in einem ausführlichen Vortrag Stellung zum Bericht des Reparationsagenten. Von der Säule I (Reichsbahnbeamte) sprach Kusch in einem zweiten Vortrag über das besondere Interesse, das die Eisenbahner an der endgültigen Regelung der Reparationsfrage hätten. Als Ergebnis der Beratung wurden folgende

Entscheidungen

angenommen:

1. Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes begrüßt es, daß durch ein internationales Sachverständigenkomitee eine Revision der Reparationsleistungen herbeigeführt werden soll.

Die Prüfung der deutschen und internationalen Wirtschaft im Zusammenhang mit der Reparationsfrage führt zu dem Ergebnis, daß die Leistungsfähigkeit der durch den Krieg und seine weitestgehenden Folgen am stärksten geschwächten deutschen Wirtschaft den Deutschland auferlegten Reparationslasten nicht entspricht. Diese Tatsache wird am treffendsten dadurch erörtert, daß Deutschland schon zur Leistung der verminderten Reparationszahlungen der Übergangsjahre nur durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten befähigt war. Deutschland wird aus eigener Kraft seine Reparationspflichtungen nur erfüllen können, wenn die Revision der Reparationsfrage zu einer wesentlichen Herabsetzung der Leistungen führt. Auch dann aber bedeutet die Reparationspflicht für das deutsche Volk eine schwere Last, die durch wirtschaftliche Notstände immer wieder schwere soziale Auseinandersetzungen heraufzuführen droht.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes stellt zu dem Jahresbericht vom 22. Dezember 1928 fest, daß der Reparationsagent, soweit er sich mit den Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden befaßt, den tatsächlichen Verhältnissen keineswegs gerecht wird.

Die Kritik der Staats trägt weder der Vielgestaltigkeit notwendiger öffentlicher Funktionen in Reich, Ländern und Gemeinden Rechnung, noch der wirtschaftlichen Bedeutung und der sozialen Lage der Beamenschaft.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes muß besonders darauf hinweisen, daß die Gehaltsaufbesserungen der Beamten, in denen der Reparationsagent irgendwie eine Hauptursache der hohen öffentlichen Ausgaben erblickt, seit Jahren zurückgestellt wurden, und zwar nicht zuletzt mit Rücksicht auf die schwierige Lage, die sich von Seiten der Reparationszahlungen infolge dieser Lasten bei den öffentlichen Staats geltend machten. Dieser Gehaltsausgleich war schon seit Jahren erforderlich und erfolgte nicht einmal in dem notwendigen Ausmaß.

Angesichts der Revisionsverhandlungen weist der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes auf die unzureichende Beurteilung der Beamenschaft wesentlich beruhenden Punkte des Berichtes ganz besonders hin. Der Gesamtvorstand betont, daß die drohenden sozialen Folgen der Reparationslasten vom Generalagenten bisher keineswegs genügend gewürdigt worden sind.

Der Deutsche Beamtenbund erhebt für das deutsche Volk die Forderung auf eine Lebenshaltung, die einem Kulturvolk gebührt, und die durch die endgültige Regelung der Reparationsfrage nicht gefährdet werden darf.

2.

Die Aufbringung der Reparationslasten ist eine Frage des ganzen deutschen Volkes; wie diese im einzelnen aufgebracht werden, muß der Entscheidung der verantwortlichen deutschen Stellen überlassen bleiben.

Die Aufbringung der Reparationslasten hat sich, wie nunmehr ganz klar in Erscheinung getreten ist, als zu hoch erwiesen. Die Reichsbahn ist nicht mehr in der Lage, ihren Betriebsapparat so zu unterhalten, wie es im Interesse der Wohlfahrt des deutschen Volkes gefordert werden muß, er verkommt. Unter dem Druck der Reparationsbelastung treibt die Reichsbahn eine Personalpolitik, die nicht nur für das Reichsbahnpersonal unerträglich geworden ist, sondern auch infolge ihrer Auswirkungen auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik Deutschlands die Lage aller deutschen Arbeitnehmer verschlechtert, ohne daß es dem deutschen Volke möglich ist, durch Regierung und Parlament diese Politik zu sich auswirken zu lassen.

Der Gesamtvorstand des DBB fordert gemäß dem Beschluß des letzten Bundeskongresses des DBB, die deutsche Reichsregierung und die sonstigen politischen Faktoren Deutschlands auf, darauf hinzuwirken, daß die Art der Aufbringung der Reparationslasten als eine ausschließlich innerdeutsche Angelegenheit erklärt und auf die Beibehaltung der auf Grund der Dawesgesetze gebildeten Reichsbahn-Gesellschaft verzichtet wird, um zu erreichen, daß die Reichsbahn in die volle Verfügungsgewalt des Deutschen Reiches zurückkehrt und im Rahmen der deutschen Gesamtbelastung in einer der wirklichen Leistungsfähigkeit der Reichsbahn angepaßten Weise zu den deutschen Reparationszahlungen beiträgt.

Auch Beamtinnen in Deutsch-Ostreich

Auch Ostreich geht nach deutschem Muster nun dazu über, weibliche Beamte zu schaffen. Wie wir erfahren, hat der österreichische Minister für Handel und Gewerbe zum Sekretärschef den Regierungsrat Margarethe Gehling ernannt.

Freizügigkeit der Gerichtskostenmarken

Auf Anregung des Reichsjustizministers ist eine Vereinbarung der Länder über die Verwendung von Gerichtskostenmarken zustande gekommen. Danach werden Gerichtskostenmarken auch in benachbarten Ländern, in denen sie gegenwärtig noch nicht zur Verwendung kommen, zum 1. April d. J. eingeführt. Von diesem Zeitpunkt an können für Kostenstellen, die in Verfahren vor den ordentlichen Gerichten oder Arbeitsgerichtsbehörden eines Landes erwachsen sind, von Kostenschuldner, die sich außerhalb des Landes aufhalten, auch Kostenmarken des Aufenthaltslandes in Zahlung gegeben werden, wenn die zu begleichende Kostenschuld 50 RM nicht übersteigt.

Zur Verkräftung des Landpostwesens

Über die bisherigen Versuche der Einrichtung von Landkraftposten hat das Reichspostministerium einen Bericht herausgegeben, dem folgendes zu entnehmen ist:

Die Versuche umfassen 72 Postämter und 152 Landkraftposten, beteiligt sind 33 Oberpostdirektionen. In den verkräfteten Gebieten wohnt eine Landbevölkerung von 1 252 554 Seelen, im Durchschnitt entfällt also auf eine Landkraftpost die Zahl von 8240 Landbewohnern. Von den Landkraftposten werden 394 Postagenturen und 194 Poststellen berührt, denen die postalische Bedienung der Bewohner obliegt. Die werktägliche Fahrleistung der Landkraftposten beträgt vormittags 9357, nachmittags 9148, zusammen am Tage 18 505 Kilometer, die durchschnittliche Tagesleistung eines Kraftwagens beläuft sich somit auf 122 Kilometer. Die neugeschaffenen Gebiete der Poststellen haben die Erwartungen erfüllt. Der deutsche Landgemeindegewinn, der deutsche Landwirtschaftsrat und der Reichslandbund haben über die Erfahrungen mit der Neueinrichtung umfangreiche Erhebungen angestellt, deren Ergebnis dahin geht, daß die bisherigen Erfahrungen durchweg gut sind, und daß die Landkraftposten zu einer Dauer-einrichtung gemacht und nach Möglichkeit erweitert werden möchten. Da vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit aus keine Bedenken gegen die weitere Ausdehnung der Landpostverkräftung bestehen, und sie als eine Verbesserung der Post-einrichtungen für das platt Land anerkannt worden sind, wird die Deutsche Reichspost nach Möglichkeit mit der Ausdehnung der Neueinrichtung fortfahren.

Gewährung von Kinderzulage wegen Berufsausbildung

Wenn das Kind die Berufsausbildung bei Vollendung des 18. Lebensjahres bereits angetreten hätte, ist nach einem Erlass des Reichsarbeitsministers ohne weitere Prüfung anzunehmen, daß es die Ausbildung rechtzeitig begonnen hat. Von der Möglichkeit, die Kinderzulage und Waisenrente auch dann weiter zu gewähren, wenn das Kind die erste oder eine weitere Berufsausbildung erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres beginnt, erzußt der Reichsarbeitsminister weitestgehend Gebrauch zu machen. Derartige Anträge kann aber nicht entsprochen werden, wenn die Ausbildung offenbar wegen Erlangung von Versorgungsbezügen absichtlich verzögert wird.

Fünfte fachwissenschaftliche Woche für Reichssteuerbeamte

Die fünfte fachwissenschaftliche Woche für Reichssteuerbeamte an der Verwaltungsakademie Berlin findet in der Zeit vom 18.—23. März d. J. statt.

Kündigung weiblicher Postbeamten bei Verheiratung

Nach Artikel 14 der Personalabbauregeln in der Fassung des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaues vom 4. August 1925 kann der verheiratete Beamte nicht kündigen, wenn sein Auscheiden den dienstlichen Bedürfnissen zuwiderläuft. Es ist deshalb durch Amtsblattverfügung im Hinblick auf das Ankerkraftgesetz des Artikels 14 PAB angeordnet worden, daß eine Kündigung seitens des Beamten nur dann wirksam ist, wenn sie von der Verwaltung bis zum 31. März 1929 einschließlich angenommen wird.

Die Oberpostdirektionen sind gehalten, die Entscheidung über die Annahme von Kündigungen verheirateter weiblicher Beamten unverzüglich zu treffen. Damit die Entscheidung in allen Fällen rechtzeitig vor dem 31. März 1929 getroffen werden kann, soll nach einer Anordnung des Reichspostministers — IV/VI Q — bei Beamten, die erst nach dem 20. März 1929 heiraten, nachgelassen werden, daß die Kündigung bereits vor der Verheiratung von dem Beamten ausgesprochen und, falls keine dienstlichen Bedenken bestehen, von der Oberpostdirektion angenommen wird. Die Wirksamkeit der Kündigung ist in diesen Fällen davon abhängig, daß die Eheschließung tatsächlich — und zwar vor Ablauf des Monats März — stattfindet. Die Vorschriften über Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist werden hierdurch nicht berührt.

Übernahme preussischer Lehrkräfte durch Württemberg

In einer kleinen Anfrage eines Landtagsabgeordneten wurde auf Preßnachrichten hingewiesen, wonach Württemberg zur Behebung des dort drohenden Lehrermangels von Ostern an Abiturienten im einfährigen Kursus zu Volksschullehrern heranzubilden wolle. Das Staatsministerium wurde gebeten, angesichts der großen Junglehrerlücke in Preußen mit der württembergischen Staatsregierung um Übernahme einer entsprechenden Anzahl von Junglehrern zu verhandeln. — Nach der Antwort des preussischen Kultusministers hat sich das württembergische Kultusministerium für den Fall, daß im Laufe des kommenden Frühjahres in Württemberg ein Mangel an Lehrkräften für die evangelische Volksschule eintritt, bereit erklärt, geeignete evangelische Schulkandidaten mit guten Zeugnissen, die in einem anderen Lande ihre Ausbildung erhalten haben, nach Prüfung des Einzelfalles im württembergischen Schuldienst zu beschäftigen und bei Bewährung auch ihre endgültige Übernahme zu erwägen.

Beamte und Feuerfahrgabe

Einige Beamte in Singen a. D. haben gegen die Stadtgemeinde Singen wegen der Erhebung einer Feuerfahrgabe Verwaltungsgerichtliche Klage beim Bezirksamt Konstanz erhoben. Der Bezirksrat stellte mit Urteil vom 11. Oktober 1927 fest, daß die Stadtgemeinde Singen nicht berechtigt ist, von den Beamten eine Feuerfahrgabe zu verlangen. Der Gemeinderat hat gegen das Urteil Berufung beim Verwaltungsgerichtshof eingeleitet. Dieser hat die Klagen der betreffenden Beamten abgewiesen, es handelte sich hauptsächlich um Bahnbeamte, und somit in seinem Urteil bestätigt, daß die Stadtgemeinde Singen berechtigt ist, auf Grund der erlassenen Steuerverordnung auch von den Beamten die Feuerfahrgabe zu verlangen. Diese Stellungnahme des Badischen Verwaltungsgerichtshofs ist von prinzipieller Bedeutung.

Erhöhung der Darlehensgewährung an Liquidationsgeschädigte

Der Reichsfinanzminister hat die Arbeitsgemeinschaft der Interessentenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdünnungsschäden davon in Kenntnis gesetzt, daß er sich nach Benehmen mit der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfsorganisationen Deutschlands mit der Erhöhung der Höchstgrenze der Darlehen an Geschädigte auf Grund von Schuldverpflichtungen entsprechend § 10 Abs. 2 des Kriegsschadensschußgesetzes von 8000 auf je 25 000 RM einverstanden erklärt hat.

Die Reichsunfallverhütungswoche

Eine Rundgebung in Karlsruhe

Anlässlich der Reichsunfallverhütungswoche fand am Dienstagabend im Großen Festhallsaal zu Karlsruhe eine bedeutende Rundgebung statt. Der Besuch war gut, allerdings hätte man der guten Sache willen das Haus voll besetzt sein dürfen. In der vordersten Reihe bemerkte man den Staatspräsidenten Dr. Schmitt, ferner den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Dr. Schneider, Vertreter der Kirchen, die Spitzen der Behörden und Polizei, Vertreter der Ärzteschaft, der Sozialversicherung, beruflicher und konfessioneller Verbände usw. Die Stadterwaltung war durch den ersten Bürgermeister Bauer und mehrere Stadträte vertreten.

Nach einem Orgelvorspiel von Wilhelm Kraus, Lehrer an der Badischen Hochschule für Musik, und dem Vortrag eines von Frau Landtagsabg. Clara Stebert gedichteten Prologs nahm Stadtoberrechtsrat Hermann das Wort, um die Veranstaltung im Auftrag des Ortsausschusses zu begrüßen. Sinn und Zweck der Unfallverhütungswoche sei der einer großartigen Aufklärungsarbeit zur vorbeugenden Unfallverhütung, um so den Kampf gegen Unfälle aller Art noch energischer und erfolgreicher führen zu können. Durch die Unfälle gingen alljährlich Tausende wertvoller Menschenleben und dazu noch beifolgendes Vermögen zugrunde. Die Steigerung der Gefahrenmomente habe ihre Ursache in dem Eindringen der technischen Erfindungen in das Alltagsleben, so daß jeder einzelne das lebhafteste Interesse für die Abwehrmaßnahmen betreiben müsse.

Der erste Redner, Reg.-Rat La Fontaine, Vorstand der badischen Volkshochschule, behandelte speziell die Gefahren im Straßenverkehr, wie sie namentlich durch den ungeahnten Aufschwung des Kraftwagenverkehrs bedingt sind. Die statistischen Zahlen berichten über eine erschreckende Zunahme der Verkehrsunfälle, denen man keineswegs gleichgültig gegenüberstehen dürfe. Wir alle müßten erkennen, wie groß die Gefahren sind und wie schwer die Folgen der Unfälle sind. Es sei Pflicht, darüber nachzudenken, wie wir uns schützen können. Man habe es verstanden, sich rechtzeitig auf den modernen Straßenverkehr einzustellen. Fahrlässigkeit der Fahrzeuglenker, Unachtsamkeit des Publikums und Beweglichkeit auf beiden Seiten seien die Hauptmerkmale des Verkehrs in so vielen Unfällen. Darum Vorsicht und Selbstdisziplin! Die Verkehrspolizei ist auf diesem Gebiete überaus tätig, und die Öffentlichkeit hat die Pflicht, dabei mitzuhelfen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Die Gefahrenquellen sind zahlreich, aber die Unfälle vermeidbar.

Prof. Dr. Ursperger, Chefarzt der chirurgischen Abteilung des Neuen St. Vinzenzkrankenhaus, nahm vom ärztlichen Standpunkt aus Stellung zu dem Problem der Unfallverhütung. Er legt das größte Gewicht auf die Ausbreitung und Vertiefung der Kenntnisse von der ersten Hilfeleistung in Unfällen. Von der raschen sachgemäßen Hilfe hängt oft genug das Schicksal des Verletzten ab. Dann aber müsse man schnellstens für ärztliche Behandlung sorgen. Selbst keine Verletzungen dürfen leicht hingegenommen werden. Für die sportliche Betätigung verlangt der Redner zweifelhafte Ausrüstung und sachkundige Anleitung.

Landesjugendpfarrer Wolfinger redete eindringlich ins Gewissen. Er wandle sich scharf gegen die Fahrlässigkeit und Negligenz, die bei jedem Gemeinwesen sei und sich nicht um die Mitmenschen kümmere. Auch die Leiter der Betriebe dürften das Wohl und Wehe der Arbeiter an den Maschinen nicht außer acht lassen, damit die Spannkraft nicht erlahmt und dadurch die Möglichkeit der Gefahr für Leben und Gesundheit verstärkt wird. Als weitere Gefahrenquellen bezeichnete der Redner die Gedankenlosigkeit, die Sorglosigkeit über die Straße, die Überänglichkeit und Dürftigkeit in kritischen Situationen, ferner die Genußsucht und den Mißbrauch des Alkohols, die unendlich viel Unheil anrichteten. Der Redner forderte Stählung des Verantwortungsbewußtseins, davon ausgehend, daß das Leben von Gott anvertrautes Gut sei, und ferner Hilfsbereitschaft in Unfällen als eine selbstverständliche Gemeinpflicht. Auch diese Ansprache klang aus in den Ruf zum entschiedenen Kampfe gegen die Unfallgefahren zu Nutz und Frommen des deutschen Volkes und Vaterlandes. Die Polizeikapelle, die zwischen den Rederaten durch Musikstücke erfreut hatte, intonierte zum Schluß das Deutschlandlied, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

In den Ruhestand

Der langjährige Hausmeister des Gewerbeaufsichtsamtes Herr Wilhelm Raupp, wird mit dem 1. März d. J. in den dauernden Ruhestand versetzt. Sämtliche Beamten des Amtes bereinigten sich zu einer kleinen feierlichen Feier, bei der der Dienstvorbau der Dienste des Hausmeisters gedachte und diesem im Namen der Beamten des Amtes eine Ehrenurkunde überreichte.

Die Orientfahrt des „Graf Zeppelin“

Die Besprechungen, die Dr. Gdener in den letzten Tagen in Berlin führte und die sich auch mit generellen Fragen der Verwendung von Luftschiffen im transatlantischen Verkehr befaßten, haben zu dem Entschluß geführt, daß der „Graf Zeppelin“ am 26. März von Friedrichshafen aus zur Orientfahrt starten wird. Falls diplomatische Schwierigkeiten das Überfliegen von Ägypten und Palästina unmöglich machen, wird das Schiff eine Rundfahrt über dem Mittelmeer unternehmen, und dabei Konstantinopel und Wien besuchen. An dieser Fahrt werden auch einige englische Luftschiffer teilnehmen, bei denen vor kurzem Vertreter der Zeppelinwerke in England zu Gast waren.

Das Flugzeug als Retter in der Not

W.W. Kiel, 27. Febr. (Tel.) Durch das Flugzeug „D 1401“, Flugzeugführer Osterkamp, wurde gestern der erste Maschinist des im Eise in der Ostsee festfahenden Hamburger Dampfers „Gottfried Poppe“, der an einer Mittellochzündung erkrankt war, abgeholt und nach Hohenau gebracht, von wo er die Reise nach seiner Heimat Flensburg fortsetzte. Die noch im Eise eingeschlossenen Dampfer werden heute durch Flugzeuge mit Frischfleisch, Brot und Post versorgt. In zwei Tagen wird die Post von den Schiffen abgeholt.

Strandung eines Dampfers in der Nordsee

W.W. London, 27. Febr. (Tel.) Die Funktion von Nordforeland hat die SOS-Rufe des britischen Dampfers „Grote Hall“ aufgefunden, der auf der Rückreise von Bombay begriffen, zwischen Antwerpen und Hull bei der Sandbänke auf Grund geraten ist. Der Dampfer teilt mit, daß er bereits mehrere Rettungsboote ausgesandt hat.

Charlie Chaplin, der, wie es hieß, in Hollywood an einer Fleischergiftung erkrankt sein sollte, leidet an einer akuten Blinddarmentzündung.

Gemeinde-Rundschau

Die Befolungsreform in den badischen Gemeinden. In der letzten Versammlung der Gemeindevorstände des Bezirks Offenburg wurde festgestellt, daß die neue Befolungsordnung in allen Gemeinden mit Ausnahme von Markeln und Altenheim, durchgeführt ist. Zum Vorsitzenden wurde Stadtrechner Kilian Gengenbach einstimmig gewählt.

Ein Freiluftschwimmbad für Weinheim. Da die Errichtung eines öffentlichen Schwimmbades für eine Stadt wie Weinheim eine nicht länger aufschleppbare Notwendigkeit ist, hat das Stadtbauamt ein Projekt zur Erbauung eines Freiluftschwimmbades ausgearbeitet, das auf dem Gelände hinter dem Schlachthaus mit einem Kostenaufwand von 150 000 RM errichtet werden soll. Das Projekt wurde vom Stadtrat genehmigt und wird in Kürze dem Bürgerausschuß unterbreitet werden. Es ist so aufgestellt, daß es abschnittsweise ausgeführt werden kann. Das Schwimmbad hat eine Länge von 50 Metern und eine Breite von 32,5 Metern. Die Ausgestaltung des Gesamtprojekts soll auf eine Reihe von Jahre verteilt werden.

Der Ausbau des Mannheimer Flughafens wird mit einem Kostenaufwand von rund 180 000 RM erfolgen. Damit können allerdings nur die notwendigsten Verbesserungen in die Wege geleitet werden. Die Errichtung eines Flughafens, wie sie bereits in anderen Städten erfolgt ist, läßt sich für Mannheim der zu hohen Kosten wegen erst in späterer Zeit durchführen.

Mannheim erhält vorläufig kein Schwimmbad. Die Erbauung eines Schwimmbades in unmittelbarem Anschluß an das Mannheimer Stadion scheint vorläufig ins Wasser gefallen zu sein. Nachdem im neuen städtischen Etat der Zuschuß für die Leibesübungen, der 60 000 RM betrug, beträchtlich gekürzt worden ist, ist auch die Vorlage eines Schwimmbades als Erweiterungsbau der städtischen Spielplatzanlage abgelehnt worden. Vordringlicher ist die Errichtung eines Säuglingsheims und eines neuen Volkshauses in der Redarstadt. Es steht aber in fernerer Aussicht, daß die Errichtung des Schwimmbades wie auch einer Radrennbahn im Jahre 1930 durchführbar ist.

Im Bürgerausschuß Tauberbischofsheim sollte die Entscheidung über die Elektrizitätsfrage fallen. Nach stundenlangen Auseinandersetzungen zog der Gemeinderat auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses die Vorlage zurück, um nochmals in Verhandlungen mit den Bayerischen Elektrizitätswerken Münchener-Landshut einzutreten.

Der städtische Voranschlag Forzheims für 1929 beziffert die Ausgaben auf 16 097 000 RM, die Einnahmen auf 14 028 000 Reichsmark, so daß ein Fehlbetrag von 2 074 000 RM verbleibt. Davon werden 322 000 RM durch Kanal-, Müll- und Straßenreinigungsgeldern gedeckt, während 1 752 000 RM durch Umlage zu decken sind. Die Vorauszahlungen betragen wie im Vorjahre von je 100 M Steuerwert beim Grundvermögen 56 Pf., beim Betriebsvermögen 22 Pf. und beim Gewerbesteuer 3,36 M. In den Jahren 1930/31 soll im Stadtwald ein außerordentlicher Holztrieb mit 30 000 Festmetern überständigen Holzes durchgeführt und der Erlös hieraus mit etwa 500 000 RM dem Fonds für den Krankenhausneubau überwiesen werden. Außerdem werden diesem Fonds aus den Überschüssen des Rechnungsjahres 1927 50 000 RM zur Kapitalanleihe zugeführt.

Bürgermeisterwahlen. In Peterzell wurde Schuhmachermeister Johannes Aebte gewählt, und zwar mit 193 Stimmen, gegenüber 104 Stimmen seines Gegenkandidaten, Gemeinderat Gottlieb Kieninger. Der bisherige Bürgermeister Johann Fleig ist nach über 30jähriger Amtstätigkeit zurückgetreten. — In Gschwend (Am Schopfstein) hat Bürgermeister Dertl dem Gemeinderat sein Bürgermeisteramt aus privaten Gründen zur Verfügung gestellt.

Der Bürgerausschuß Badenweiler genehmigte den Voranschlag für 1928/29. Vom Grundvermögen werden 70, vom Betriebsvermögen 28, vom Gewerbesteuer 525 Reichspfennig für 100 Reichsmark Steuerwert erhoben. Durch Umlage sind etwa 43 000 Reichsmark zu decken. — Als zweiter Punkt wurde die Kurkarte für 1929/30 festgesetzt. Sie wird in derselben Weise wie 1928/29 erhoben werden. Weiter wurde debattellos genehmigt die endgültige Festsetzung der vorläufig genehmigten Gemeindeumlage für 1928/27.

Modernisierung der Kurhäuser in Bad Rippoldsau. Zur Zeit werden große Modernisierungen der Kurhäuser der Bad Rippoldsau-A.-G. vorgenommen. Nach Vollendung dieser können 150 Personen mit den vergrößerten Ansprüchen Unterkunft finden. (Im ganzen können etwa 400 Personen aufgenommen werden.) In der Villa Sommerberg und im Furstenturm erhalten sämtliche Zimmer fließendes Wasser und Dampfheizung. Außerdem wird eine Anzahl von Zimmern mit Privatbädern eingerichtet. Auch Staatstelefon ist in vielen Zimmern vorgezogen. Ferner werden die unteren Empfangsräume und der große Speisesaal im Kurhaus neuzeitlich hergerichtet.

Das Vermögen der Stadt Achern. Der nunmehr vorliegende Haushaltsplan der Stadt Achern für das Rechnungsjahr 1928 weist ein Vermögen von 2 701 071 Reichsmark und 531 437 Reichsmark Schulden auf, so daß sich ein Reinertrag von 2 169 634 Reichsmark ergibt. Die Ausgaben für das Rechnungsjahr 1928 — 1. April 1928/29 — sind mit 692 855 Reichsmark festgesetzt. Die Einnahmen betragen demgegenüber ohne Umlage 496 146 Reichsmark.

Der Gemeinderat Neustadt i. Schw. beschließt endgültig den Bau eines Volksschulgebäudes, das Erweiterungsmöglichkeiten für spätere Zeiten vorzieht. Da die Raumnot der Volksschule auch nach der Darstellung des Kreis Schulamtes immer größer wird, muß mit dem Bau noch im Laufe dieses Jahres begonnen werden. Der Voranschlag der Geschäftsstelle der badischen Jugendherbergen, die Übernahme der Neustädter Jugendherberge in eigene Regie betr., ist für den Gemeinderat zur Zeit nicht annehmbar, weil Mittel für die notwendigen baulichen Veränderungen nicht zur Verfügung stehen. Der „Sternen“ soll deshalb zur Verpachtung auf 1. Juli d. J. ausgeschrieben werden. Nach der Übersicht beträgt die Ablosungsschuld der städtischen Obligationen an Altbesitz 38 050 RM und an Neubausitz 195 RM.

Die Spartätigkeit im Bezirk Staufien i. Brg. Eine erfreuliche Zunahme der Einlagen hat die Bezirksparlasse Staufien im Jahre 1928 zu verzeichnen, was für den wachsenden Sparfinn der Bevölkerung des Bezirks, sowie für das zunehmende Vertrauen zur Sparkasse ein berechtigtes Zeugnis gibt. Die Summe der Spareinlagen, die Ende 1927 1 500 000 Reichsmark betrug, ist auf 2 100 000 Reichsmark angewachsen, somit eine Zunahme von 600 000 Reichsmark. Der Januar 1929 brachte eine weitere Zunahme von 108 000 Reichsmark. Durch den reichlichen Einlagezuwachs war die Sparkasse in der Lage, größere Beträge in Hypotheken anzulegen und hat dadurch wesentlich zur Förderung der Bautätigkeit und Linderung der Wohnungsnot beigetragen.

Der Rechenschaftsbericht der Stadt Freiburg i. Br. für 1927. Der Voranschlag der Stadthauptkasse für 1927/28 hatte in den Einnahmen mit 13 818 000 RM abgeschlossen. Das Rechnungsergebnis weist einen um 1 660 000 RM höheren Einnahmebetrag auf. Die Ausgaben, die mit 13 718 000 RM angenommen worden waren, erreichten nur den Betrag von 13 280 000 Reichsmark, so daß am Schluß des Rechnungsjahres anstatt des erwarteten Fehlbetrages von 400 000 RM ein Überschuß von 1 438 000 RM zu verzeichnen ist. Mehreinnahmen wurden insbesondere erzielt durch rund eine Million Reichsmark Mehreinnahmen. Das Rechnungsjahr 1927 schließt erstmalig wieder seit dem Jahre 1924 mit einem Überschuß ab. Die Reichsüberweisungsteuern brachten 218 000 RM mehr, das höhere Veranlagungsergebnis für 1926/27 rund 350 000 RM, die Biersteuer rund 48 000 RM, die Grunderwerbsteuer rund 269 000 RM, und die Wertzuwachssteuer rund 197 000 RM. Nach der Vermögensnachweisung betrug das Reinergebnis auf 31. März 1928 rund 48,4 Millionen Reichsmark. Der Vermögensbestand der Stadt beträgt insgesamt 5025 Hektar, davon liegen 889 Hektar auf auswärtigen Gemarkungen.

Der Bürgerausschuß Singen a. S. genehmigte die neuen Dienstverträge für die städtischen Angestellten, weiterhin eine Kapitalaufnahme von 1 050 000 Reichsmark zur Deckung von Grundstückskäufen. Ebenso einen weiteren Kredit von einer halben Million für den Krankenhausneubau. Das neue Krankenhaus ist gegenwärtig mit 172 Betten belegt. Schließlich wurde auch noch der Dienstvertrag mit dem Bürgermeister Dr. Kaufmann genehmigt. Die letzte Vorlage wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und eines Wirtschaftsparteilers (die übrigen Wirtschaftsparteiler waren abwesend), einstimmig angenommen.

Das neue Krankenhaus in Singen a. S. Der Gemeinderat Singen ersuchte den Bürgerausschuß um die Ermächtigung, für den Krankenhausneubau ein weiteres Darlehen von 500 000 Reichsmark aufzunehmen. Ingesamt wurden bereits 2 090 000 Reichsmark bewilligt. Bis zum 1. Jan. 1929 waren für den Krankenhausneubau, einschließlich Platzherstellung, Honorare, Möblierung usw., im ganzen 2 753 407 Reichsmark ausgegeben. In diesem Betrage sind 277 000 Reichsmark an verlorenen Bauzinsen und Disagioverlusten bei den Kapitalaufnahmen inbegriffen. Am lehteren Verlust nicht auf die Umlage zu nehmen, soll er neuerdings als Darlehen verrechnet werden. Nach Abzug des Betrags von 277 000 Reichsmark bleibt an reinen Investitionen und Bauausgaben nach dem Stand vom 1. Januar 1929 2 476 407 Reichsmark. Die endgültige Fertigstellung der Abrechnungen zieht sich infolge des großen Umfangs der Arbeiten und der unvermeidlichen Differenzen hinaus.

Die Gemeinde Weil-Leopoldsdörhe. Die tatkräftig sich entwickelnde Gemeinde Weil-Leopoldsdörhe wird im kommenden Frühjahr mit einer lebhaften Bautätigkeit beginnen. Es ist bereits der Bau von 83 Wohnhäusern mit 70 Wohnungen genehmigt. Weitere Projekte sind noch in Bearbeitung. Die Bauten werden durch Genossenschaften, zum Teil durch Privat, erstellt. Auch wird die Gemeinde demnächst mit dem Bau einer Turnhalle und einem Volkshaus im Ortsteil Friedlingen beginnen. Auch mit dem Bau der vom Bürgerausschuß genehmigten neuen Leichenhalle soll baldigst begonnen werden.

Die Spareinlagen bei der Bezirksparlasse Waldshut betragen am 1. Februar 1929 rund 8,4 Millionen Reichsmark. Von den Zinsen des Jahres 1928 wurden rund 0,2 Millionen Reichsmark kapitalisiert. Die Giro- und Kontokorrenteinlagen betragen fast 1 Million Reichsmark. Der Gesamteinlagebestand beträgt rund 4,3 Millionen, der in der Hauptsache innerhalb des Sparkassenbezirks in ersten Hypotheken und Gemeindepfandbriefen angelegt ist. Die aufgewerteten Spareinlagen betragen rund 3,4 Millionen Reichsmark.

Zeitschriftenschau

Die „Bayerische Industrie- und Handelszeitung“ und „Süddeutsche Wirtschaftszeitung“, Verlag F. C. Mayer G. m. b. H., München, Briemertstraße 9, hat soeben eine „Schlesiennummer“ herausgegeben, die besondere Beachtung verdient. Aus kulturellen und wirtschaftlichen Gründen wie aus staatspolitischer Einsicht ist es notwendig, daß gerade die Grenzgebiete des Reichs sich in stärkerem Ausmaße ihrer Verbundenheit bewußt werden. Besonders sind natürlich die wirtschaftlichen Beziehungen Schlesiens zu Süddeutschland hervorzuheben, die ja häufig sehr unterschätzt werden. Die „Schlesiennummer“, welche durch ein markantes Vorwort des Breslauer Oberbürgermeisters Wagner eingeleitet wird, enthält u. a. folgende interessante Artikel: „Die wirtschaftlichen Beziehungen Schlesiens zu Süddeutschland“, „Schlesiens Stellung im Welthandel“, „Die Ausstellung „Wohn- und Werkraum“ in Breslau 1929“, „Die Eisen verarbeitende Industrie Niederschlesiens“, „Die schlesische Textilindustrie“, „Die Entwicklung und Bedeutung der Breslauer Damenkonfektion“, „Werden, Aufstieg und Reichweite der Breslauer Herrenkonfektion“, „Die schlesische Musikinstrumentenindustrie“, „Kunststeinindustrie“.

Keine Chronik

Der Raubmörder Dopp, der im vergangenen Jahre den Raubdirektor Nordmann aus Delmenhorst im Gijug ermordet hat, wurde in Verden a. d. Aller zum Tode verurteilt.

In der Nähe von Biberob (Mittelaltien) entstand in einem Bauernhaus ein Brand. Die Bewohner, ein Ehepaar und vier Kinder, konnten nicht ins Freie gelangen. Das Ehepaar und drei Kinder sind verbrannt. Das vierte Kind, der älteste Junge, wurde mit lebensgefährlichen Brandwunden ins Spital gebracht.

Ein verwegener Banditenfriede wurde in Guadaluja, der Hauptstadt des mexikanischen Staates Jalisco und der zweitgrößten Stadt des Landes ausgeführt. Eine Bande von etwa 20 Banditen überfiel die Stadt und drang bis zum militärischen Hauptquartier vor. Ehe die Truppen eingreifen konnten, hatten sich die Räuber zurückgezogen und waren entkommen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	27. Febr.		28. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.62	168.96	168.63	168.97
Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.45	112.25	112.47
Italien . . . 100 L.	22.045	22.085	22.04	22.08
London . . . 1 Pf.	20.431	20.471	20.43	20.47
New York . . . 1 D.	4.209	4.2170	4.2100	4.2180
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.45	16.49
Schweiz . . . 100 Fr.	80.935	81.095	80.96	81.12
Wien 100 Schilling	59.16	59.28	59.18	59.30
Prag . . . 100 Kr.	12.464	12.484	12.469	12.489

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Aus der Landeshauptstadt

Heinrich Gerhardt 7. Wiederum hat der Tod einen beliebten und angesehenen Karlsruher Redakteur heimgeholt. Gestern nachmittags 2 Uhr erlitt der langjährige Redakteur des „Karlsruher Tagblatts“, Heinrich Gerhardt, in der Straßenbahn einen Schlaganfall, dem er wenige Stunden später erlag. Gerhardt zeichnete verantwortlich für Stadt, Baden und Nachbargebiete und erfreute sich im Kreise der Kollegenschaft ebenso großer Beliebtheit wie in seinem außerordentlich großen Bekanntheitskreise. Gerhardt, der am 9. August 1881 zu Limburg a. d. V. geboren wurde, hat somit ein Alter von nur 47 1/2 Jahren erreicht. Mit 25 Jahren kam er zur Zeitung. Er verdiente sich seine journalistischen Sporen beim „Neuen Pfälzer Tagblatt“ in Rodenhäuser. Seit dem 1. Februar 1909, also genau 20 Jahre, war er als Redakteur am „Karlsruher Tagblatt“ tätig. Auch in der journalistischen Ständesorganisation nahm der Verstorbene eine geachtete Stellung ein. Er war sehr viele Jahre hindurch Schriftführer des Vereins Karlsruher Presse, dessen Vorstand er bis zuletzt angehörte. Ebenso war er Vorstandsmitglied im Landesverband der badischen Presse (Reichsverband der deutschen Presse). Er wird allen, die ihn kannten, unvergessen sein.

Kolosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, gastieren ab 1. März die beiden unübertroffenen **Wiener Komiker Schmitz und Weisweiler** mit ihrer neuen Gesellschaft im Kolosseum. Als Eröffnungsvorstellung geht der urfidele Schwanz „In Sachen Germann“ in Szene. Dieses Stück hat in den Großstädten Deutschlands die größten Erfolge erzielt. Über die beiden „Kanonen“ Schmitz und Weisweiler weitere Worte zu verlieren, hieße Wasser in den Rhein tragen. Die Sonntagabendvorstellungen um 4 Uhr finden ebenfalls mit ungekürztem Programm statt, worauf besonders die auswärtigen Besucher aufmerksam gemacht werden. Wer seine Alltagsorgen wirklich einmal vergessen will, gehe ins Kolosseum.

Badisches Landesheater. Die Komödie aus dem alten Österreich, „Leinen aus Irland“, gelangt am Freitag, dem 1. März, zur dritten Aufführung. Am Samstag, dem 2. März, findet ein Rollenspielerabend statt, wobei das Schauspiel „Tartuff“ neu einstudiert in Szene gehen wird; anschließend kommt die einaktige Komödie „Sganarelle“ zur hiesigen Erstaufführung. — Im Konzerthaus wird am Sonntag, dem 3. März, der Schwanz „Surra — ein Junge“ wiederholt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einflusse der von Nordost eingedrungenen Kaltluft, deren Zustrom durch die Saugwirkung eines über der französischen Westküste entstandenen Sturmwirbels seit gestern beschleunigt wurde, sind die Niederschläge bei uns heute früh in Schnee übergegangen, nachdem schon nachts leichter Frost eingetreten war (Minniederung — 6 Grad, nördliche Rheinebene — 3 Grad, südliche 0 Grad). Die geschlossene Neuschneedecke, die in der norddeutschen Tiefebene infolge der dort anhaltenden Schneefälle über große Gebiete bereits eine Mächtigkeit von über 30 Zentimeter erreicht hat und auch bei uns noch stetig anwachsen dürfte, wird zur Verschärfung des schon eingetretenen Frostes beitragen. Die allgemeine Wetterlage zeigt das Bild eines gewaltigen Polarluftsturms aus Skandinavien, so daß wieder für mehrere Tage mit Frostwetter zu rechnen ist. — **Wetterausblick:** Verschärfung des Frostes, zeitweise noch Schneefälle.

Kurze Nachrichten aus Baden

bbid. Forstheim, 27. Febr. Nachdem es bereits am Sonntag zwischen den in letzter Zeit eine ausgedehnte Werbelätigkeit entwickelnden Nationalsozialisten und den Kommunisten zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen war, kam es gestern abend nach einer Versammlung in der Au abermals zu Auseinandersetzungen, wobei von der Schutztruppe Gebrauch gemacht wurde, ohne daß jemand verletzt wurde. Die Polizei mußte einschreiten und einen der Redner, dem mit Folter geschrien wurde, in Schutzhaft nehmen.

bbid. Mannheim, 24. Febr. Der ordentliche Professor der Rechtswissenschaft an der deutschen Universität Prag, Dr. Wilhelm Ludewig, hat den Ruf an die Handelshochschule Mannheim zum Sommersemester 1929 angenommen.

D3. Schluchsee, 28. Febr. Bei der Hauptversammlung des Schwarzwalder- und Kurvereins Schluchsee wurde beschlossen, neben zahlreichen Verbesserungsvorschlägen einen **haustrassen Fußweg von Schluchsee über Aha-Windgfallweiser nach Allgäsbühl** zu bauen; weiter ist die Errichtung einer **Schutzhütte am Stütz geplant**. Auch soll der Riefenbühl einen kleinen Aussichtsturm erhalten.

D3. Billingen, 27. Febr. Gestern nachmittags 3 Uhr entstand in der **Uhrenfabrik Kienzle A.G.** ein Brand, der durch seine große Rauchentwicklung Großfeuer vortäuschte und im ganzen badischen Oberland zu Gerüchten Anlaß gab, daß die Uhrenfabrik Kienzle A.G. vollständig niedergebrannt sei. Der Brand brach bei Arbeitsschluß in der Radiererei im Hauptgebäude, wahrscheinlich durch elektrische Funken, aus und ergriff den Dachstuhl des Mittelgebäudes. Der Dachstuhl brannte völlig aus; der Betrieb wird keine Unterbrechung erleiden. Die Höhe des Schadens ist noch unbekannt.

bbid. Leopoldshöhe, bei Lörrach, 27. Febr. Am Mittwoch, früh gegen 3 Uhr, ereignete sich auf dem Rangierbahnhof Leopoldshöhe, kurz vor der Wasler Wiesbrücke, ein erster Unglücksfall. Zwei schwere Güterzuglokomotiven mit anhängenden Packwagen waren mit Rangieren beschäftigt. Infolge des starken Nebels stießen die beiden Lokomotiven aufeinander. Die Packwagen wurden ineinander geschoben. Dabei wurde der aus Freiburg kommende **Zugführer Vorfrümmeler** auf der Stelle **ermalm**, während der **Zugmeister Göss** und ein weiterer Angestellter verletzt wurden. Bei diesen beiden soll Lebensgefahr nicht bestehen.

bbid. Friedrichshafen, 27. Febr. Im Alter von erst 37 Jahren ist der der Besatzung des „Graf Zeppelin“ angehörende Ingenieur **Walter Scherz** gestorben. Seit dem Jahre 1919 stand er in Diensten der Deutschen Luftschiffahrt A.G. und hat teils als Steuermann, teils als Navigator die Amerikaflüge mitgemacht.

Wie zuvor halten wir für unsere Niederlage in Karlsruhe, Adolf Dürr, Parfümerie und Modewaren, Bahnhofplatz 4, am Freitag, den 1., u. Samstag, den 2. März, von morgens 10 bis abends 7 Uhr im Hause

Nowacks-Anlage 6 part. (Straßenbahnhaltestelle Stadtgarten)

in KARLSRUHE wieder Beratungsstunden über Haarbehandlung u. Haarpflege

für Damen und Herren, die Störungen im Wachstum der Haare beobachten, wo sich ein Beissen und Jucken der Kopfhaut zeigt, bei brüchigen, schuppigen, zu trockenen oder zu fettigen Haaren, und alle, die über **richtige** Haarbehandlung und Haarpflege sich belehren lassen und die geeigneten Pflegemittel anschaffen wollen. 342

Gg. SCHNEIDER & SOHN, 1. Württ. Haarbehandlungsinstitut, STUTTGART
Gymnasiumstraße 21a / 33jährige Tätigkeit

GEWASCHENEN
doppelt gebrochenen und gesiebten

Teergrus

liefert preisgünstig

Porphywerk Dossenheim
H. VATTER
DOSSENHEIM A.D.B. TEL. HEIDELBERG 4099

Korbmöbel
Mercedes

Günstig ab Fabrik an Privat!
Bequeme Teilzahlung, Reichhalt. Katalog
auf Wunsch
Korbmöbel-Vertrieb Mercedes-Lorch

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsprinzenstraße 4
beim Rondellplatz

Flügel
Pianos 724
Harmoniums

Nur beste Fabrikate
Schr. mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Schwarzwälder Granitwerke
C. KIEDERLE
Bühl i. B.
Gegr. 1888 Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)
Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche u. Bodenbelag
aus säurebeständigem Material
Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine,
Mauersteine

liefern wir

nur aus eigenen Brüchen

Schleiferei Bildhauerei
Werkplätze — 250 Arbeiter 166

Oberlisch. D. 618
Zum Güterrechtsregister in Band IX, Seite 73, wurde eingetragen: Karl Walter, Landwirt, u. Ehefrau Theresia geb. Müller in Stadelhofen. Ehevertrag vom 6. Dezember 1928: Gütertrennung.
Oberlisch, 22. Febr. 1929.
Bad. Amtsgericht.

Badisches Landesheater
Donnerstag, 28. Februar.
* D 19 Th.-Gem. 401—450 u. 1001—1100

Der fliegende Holländer
von Wagner
Dirigent: Strips
Regie: Krauß
Mitwirkende:
Fanz, Scheibhader, Kalnbach, Kühr, Theo Straß, Dr. Wucherpfennig
Anfang 19 1/2, Ende u. 22
Preis C (1,00—7,00 RM)

Fr. 1. März, **Leinen aus Irland**.
Sa., 2. März, zum erstenmal: **Sganarelle**, hierauf: **Tartuff**.
So., 3. März, vormittags: **2. Jugendkonzert**, abends: **neueinstudiert: Hans Heiling** im Konzerthaus.
Surra — ein Junge.
Mo., 4. März, **König Lear**.
Di., 5. März, **Ein Madchen**.

Colosseum

Am Donnerstag, den 28. d. Mt.
letzte Vorstellung der REVUE

Die Welt ohne Schleier

Der verehrl. Einwohnerschaft zur Kenntnis, daß ich mich in Karlsruhe niedergelassen habe.

Beratung u. Behandlung v. nervösen Leiden, offene Füße, nasse und trockene Flechten, sowie sämtl. Ausschläge.

J. Cahn, Heilkundiger
Hotel Nowack, Ettlinger Straße, Zimmer Nr. 5
Sprechstunden v. 10—19 Uhr, Sonntags v. 10—17 Uhr.
Auf Wunsch im Hause. Telephon 809.

G. BRAUN
VORM. G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI
KARLSRUHE U. VERLAG G. M. B. H.
KARL-FRIEDRICH-STR. 14

fertigt
Drucksachen
aller Art
für Industrie,
Handel, Behörden
und Private

Kurze
Lieferfristen
Preise mäßig

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Arbeitsvergebung.
für den Neubau eines Hochspannungsinstituts der Techn. Hochschule Karlsruhe:
1. Abwasserleitung, Aborte und Wascheinrichtung,
2. Wasserleitung,
3. Gasleitung.
Die Vergebung erfolgt nach der (W.O.B.) Reichsverordnungsordnung für Verleistungen. Zeichnungen und Bedingungen liegen bis einschl. Samstag, den 9. März d. J., in unserem Geschäftszimmer, Stefanienstraße 28, während den üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme auf. Versand nach auswärtig und Abgabe von Zeichnungen erfolgt nicht. Angebote sind verschlossen u. mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am 11. März 1929, vorm. 10 Uhr, an das Bezirksbauamt Karlsruhe einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. D. 623
Karlsruhe, 25. Febr. 1929.
Bezirksbauamt.

Schopfheim D. 610
Güterrechtsregistereintrag Band I, Seite 352; Ehe, Karl, Bauarbeiterin Schopfheim, u. Marie geb. Brombacher. Vertrag vom 9. Februar 1929. Gütertrennung.
Schopfheim, 22. Febr. 1929.
Bad. Amtsgericht.

Kassenschränke
Scherengitter in Spezialausführung
Eiserne Schränke — Fahrradständer
liefert 769

Herm. A. Siefert, Lahr i. B. Telephon 2843
Kassenschrankfabrik und Eisenkonstruktions-Werkstätten

Bezirkssparkasse Gernsbach
Öffentliche Kreditanstalt
Unter Bürgschaft von 19 Murgtalgemeinden.
Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Kassenbestand	6 917,88	1. Keine Spareinlagen	3 791 915,20
2. Guthaben b. Reichsbank, Girozentrale und Post-scheidamt	75 002,48	2. Aufwertungs-sparein-lagen	959 494,80
3. Wertpapiere	315 062,04	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	772 196,19
4. Wechsel	36 601,54	4. Anlehensschulden (Reichs-zwischenkredit für den Kleinwohnungs-bau)	150 000,—
5. Darlehen auf 1. Hypo-thenen	3 016 261,53	5. Ausgaberrückstände	26 081,80
6. Darlehen in laufender Rechnung (Kontofor-rentkredite an Gewerbe, Handel und Mittelstand)	973 194,54	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuld-scheine gegen Bürgschaft (keine Darlehen)	585 229,86	a) gefehl. Reservefonds	166 149,40
8. Darlehen an Gemein-den und öffentliche Kör-perschaften (einschl. Ver-triebskapital bei der Girozentrale)	898 058,11	b) besond. Reservefonds	75 000,—
9. Einnahmerückstände (Zinsrückstände)	32 516,70	c) Überschuß von 1927	13 800,91
10. Verwaltungsgebäude	1,—	d) Aufwertungsabrech-nungsfonds	162 016,52
11. Gerätschaften (Inventar)	1,—	7. Reingewinn vom Jahre 1928	49 576,10
12. Stückzinsen per 31. 12. 28	26 797,—		
13. Von den Verbandsge-meinden zu zahlender Fehlbetrag zur Aufwertungs-masse bei 15% Aufwertung	200 587,13		
Summa	6 166 230,81	Summa	6 166 230,81

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 4 564 111,48 RM Einlagen 228 205,55 RM
Sie beträgt am Schlusse des Jahres 1928 229 526,41 RM
Somit mehr 1 320,86 RM

Bezirkssparkasse Gernsbach.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: **Casimir Raß-Krafft, Fabrikant.**
Die Verwaltung: **Ganter, Direktor. Müller, Kassier.**